

Rechtebasierte Kontrazeptionsberatung

Selbstbestimmte Entscheidungen unterstützen

Kristina Nottbohm und Alexandra Ommert

„Zugang ermöglichen“ ist eines der zentralen Anliegen in der rechtebasierten Arbeit von pro familia. Menschen durch Information und Beratung dazu befähigen, selbstbestimmte Entscheidungen über Sexualität und Familienplanung zu treffen, ein weiterer. Wie in der Verhütungsberatung beides ineinandergreift, zeigen die Autorinnen des folgenden Beitrags.

Dass Verhütung als eine medizinische bzw. pharmakologische Frage betrachtet wird, ist ein vergleichsweise junges Phänomen. Noch in den 1960er Jahren, als die Pille auf den Markt kam, sträubten sich Mediziner*innen und gaben die Pille bspw. nur an verheiratete Frauen ab. Heute ist Verhütung nicht nur ein wichtiger Bestandteil der Gynäkologie, sondern auch viele Frauen beziehen ihr Wissen über Verhütungsmethoden von ihrer Frauenärztin bzw. ihrem Frauenarzt. Hinzu kommt, dass Verhütung mehr und mehr Frauensache geworden ist: auf über 20 Methoden für Frauen, die in den meisten Fällen mit Hormonen wirken, kommen gerade einmal zwei Verhütungsmöglichkeiten für Männer: Das Kondom und die Sterilisation.

pro familia engagiert sich seit ihrer Gründung für Beratung und Infor-

mationen zu selbstbestimmter Sexualität und Familienplanung. Dazu gehört auch die Beratung zu gesundheitlich schonenden, sicheren und individuell passenden Verhütungsmethoden. Für viele Frauen ist eine Beratung außerhalb der Arztpraxis eine Möglichkeit, weitere Fragen zu stellen und ggf. damit zusammenhängende psychosoziale Themen zu besprechen. Verhütung ist mehr als ein medizinisch-pharmakologisches Thema, sondern berührt Sexualität, Partnerschaft und Lebensplanung. Eine rechtebasierte Verhütungsberatung bietet für diese Themen genügend Zeit und Raum. Hinzu kommt: Heute sind zwar viele Verhütungsmethoden auf dem Markt, doch für manche Frauen scheitert die selbstbestimmte Entscheidung und die Wahlfreiheit an den finanziellen Mitteln. Deswegen engagiert sich pro familia seit einigen Jahren für einen kostenfreien Zugang zu Verhütung.

Unübersichtliche Informationslage

Moderne Verhütung ist für viele Frauen alltäglich, aber auch voraussetzungsvoll: Frauen können aus einer Vielzahl von vor allem hormonellen Verhütungsmethoden auswählen. Hier gilt es Wissen über den eigenen Körper, mögliche Neben- und Wechselwirkungen sowie die richtige Anwendung (bspw. bei der Pil-

le) parat zu haben. Allerdings ist es mitunter gar nicht so einfach, unter den vielen Angeboten fachlich fundierte, nicht interessengeleitete und gut verständliche Informationen zu entdecken. Zwar sind Informationen der BZgA und pro familia im Internet gut zu finden. Kommerzielle Webseiten von Pharmaunternehmen sind jedoch ebenso präsent und als solche manchmal nicht zu erkennen, wenn beispielsweise vermeintlich authentische Erfahrungsberichte im Vordergrund stehen. Auch über die Sicherheit bestimmter Verhütungsmethoden zirkulieren in den Medien verschiedene, teilweise widersprüchliche Informationen. Bei kritischen Fragen zu möglichen Folgen hormoneller Verhütung – wie bspw. Depressionen oder einem erhöhtem Thromboserisiko – ist die Informationslage vor allem im Internet unübersichtlich. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren einige Informationen und Wissen in den Hintergrund getreten: Welche Frau kennt sich heute noch zum Beispiel mit dem Diaphragma oder Methoden der Fruchtbarkeitswahrnehmung aus? Noch in den 1980er Jahren war die Anwendung des Diaphragmas für Frauen ein Anlass, sich Körperwissen anzueignen und in der Verhütungspraxis den Partner mit einzubeziehen. Kondome sind eine günstige und bei richti-

ger Anwendung sichere hormonfreie Alternative für Frauen, die zudem als einzige auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützt. Doch auch hier ist oft nicht bekannt, wie die richtige Größe und Passform für den Partner ermittelt werden kann. Für Berater*innen bedeutet das umso mehr, mit dem Wissensvorsprung, den sie als Expert*innen besitzen, verantwortungsvoll und nicht bevormundend umzugehen.

Umfassende Beratung

In die Entscheidung für ein passendes Verhütungsmittel fließen zudem Aspekte mit ein, die das Thema Partnerschaft und Sexualität betreffen: Ist das Verhütungsmittel mit der individuellen Lebenssituation vereinbar? Passt es in den Alltag, ist es sinnvoll für die Art und Weise, wie Sexualität gelebt wird? Ist es bspw. geeignet für häufig wechselnde Partner oder eine Fernbeziehung? Vielen fällt es schwer, über diese persönlichen Themen mit dem behandelnden Gynäkologen zu sprechen. Zumal bereits für eine ausführliche ärztliche Aufklärung über

Wirkweisen und Anwendung der ganzen Palette an Verhütungsmethoden oft die Zeit nicht ausreicht. Eine rechtebasierte Verhütungsberatung kann hier alle Menschen unterstützen, um zusätzliche individuelle Informations- und Beratungsbedarfe abzudecken und Barrieren abzubauen. Sie ist für diejenigen besonders notwendig, die größeren Unterstützungsbedarf haben, wie bspw. für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Sie benötigen einen Rahmen, in dem sie Fragen stellen können und Informationen in einer leicht verständlichen Sprache/Leichter Sprache bekommen. Broschüren in Leichter Sprache sind hierbei hilfreich, aber reichen nicht aus. Es bedarf ausgebildeter Berater*innen, die der Vertraulichkeit verpflichtet sind und die eine entsprechende Sprache, Wissen um die Lebenssituationen und Anschauungsmaterialien parat haben.

Recht auf Verhütung – rechtebasierte Beratung

Für pro familia steht das Recht auf Verhütung im Rang eines Menschenrechts. In verschiedenen internatio-

nalen Abkommen und Dokumenten wird betont, dass zur Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte umfassende Informationen und Beratung zur Verfügung stehen müssen. Auch im Schwangerschaftskonfliktgesetz ist das Recht für alle Menschen verankert, sich in Fragen der Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung und Schwangerschaft in Beratungsstellen aufklären und beraten zu lassen. Zu selbstbestimmt gelebter Verhütung gehört das Recht auf Zugang zu Informationen und Beratung. Doch wie kann eine rechtebasierte Beratung in diesem Kontext konkret aussehen? Berater*innen von pro familia sind für Verhütungsberatung qualifiziert und bringen darüber hinaus eine rechtebasierte Beratungshaltung mit, die die Rechte der Klient*innen in den Mittelpunkt der Beratung stellt. Trotz dieser umfangreichen Expertise im Verband gilt es, eine rechtebasierte Kontrazeptionsberatung weiterzuentwickeln und auszuformulieren. Einige zentrale Prinzipien einer rechtebasierten Kontrazeptionsberatung lassen sich anhand internationaler Fachpapiere¹, aber auch anhand der Klient*innenrechte, denen sich pro familia verpflichtet hat, formulieren.

- Rechtebasierte Angebote stellen den individuellen Zugang für alle sicher (accessibility). Konkret heißt das, den niedrighschwelligsten Zugang immer wieder zu prüfen hinsichtlich verschiedener Hürden: Ist die Beratung kostenfrei? Wie weit ist die Anfahrt? Ist genügend Zeit für ein Gespräch eingeplant? Ist der Eingang barrierefrei?

- Rechtebasierte Angebote sind der Nicht-Diskriminierung verpflichtet

biko

Modellprojekt „biko“: Kostenübernahme bei verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln verbunden mit rechtebasierter Kontrazeptionsberatung

Seit rund einem Jahr führt pro familia das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Modellprojekt biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung – durch. Das Modellprojekt hat das Ziel, an sieben Standorten in Deutschland den Zugang für Frauen mit Anspruch auf Sozialleistungen oder einem vergleichbar geringem Einkommen eine Kostenübernahme für verschreibungspflichtige Verhütung zu ermöglichen. Es soll der Bedarf erhoben und eine gute Praxis zur Information, Beratung und Kostenübernahme erprobt werden. Ein wichtiger Teil des Angebotes im Modellprojekt geht über den Abbau finanzieller Hürden hinaus, denn umfassende und leicht verständliche Informationen und Beratung sind ebenfalls wichtige Voraussetzung, um selbstbestimmte Entscheidungen bei Verhütung und Familienplanung treffen zu können. Mehr Informationen auf www.biko-verhuetung.de

(non-discrimination). Das heißt, sie sind offen für alle unabhängig ihres Alters, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihres Wohnortes, ihrer körperlichen, geistigen oder gesundheitlichen Verfassung etc. Sie vermitteln, dass jede*r erwünscht ist.

- Rechtebasierte Angebote achten die Würde und das Wohlbefinden der Ratsuchenden. Sie finden auf Augenhöhe statt und respektieren die Entscheidung der Ratsuchenden (acceptability). Rechtebasierte Angebote achten die Meinungs- und Wahlfreiheit. Sie sind transparent über die Rahmenbedingungen und achten die individuellen Grenzen der Ratsuchenden.

- Rechtebasierte Angebote achten die Vertraulichkeit und Privatsphäre (privacy and confidentiality). Das Handeln in der Beratungsstelle entspricht selbstverständlich den Datenschutzbestimmungen. Für alle Mitarbeiter*innen bedeutet dies, immer wieder eigene Alltagsroutinen zu überprüfen, wenn sie mit persönlichen Daten und Namen von Ratsuchenden umgehen.

- Rechtebasierte Angebote befähigen zu informierten Entscheidungen (informed decision-making). Das heißt, sie vermitteln Informationen auf Grundlage des aktuellen wissenschaftlichen und fachlichen Wissensstandes. Die Informationen sind unabhängig und nicht interessengeleitet. Berater*innen müssen sich folglich kontinuierlich fortbilden und Methoden erarbeiten, wie Fachwissen verständlich vermittelt werden kann. Dazu gehört auch Einhaltung aktueller Qualitätsstandards und fachlicher Grundlagen (quality).

- Rechtebasierte Angebote sind partizipativ (participation). Ratsuchende sollen als aktive Gestalter*innen ihrer eigenen Interessen wahrgenommen und darin unterstützt werden. Das heißt auch, dass Themen und Erfahrungen der Klient*innen – natürlich fachlich bearbeitet – Eingang finden in Fachmaterialien und Broschüren. Beratungsstellen brauchen ein funktionierendes Beschwerdemanagement.

- Rechtebasierte Angebote setzen sich über die Beratung hinaus dafür ein, dass nationale Gesetzgebung und Finanzierung den internationalen Standards entsprechen und Angebote somit langfristig gesichert werden (accountability). Sie setzen sich auch dafür ein, dass sich rechtliche und politische Rahmenbedingungen verbessern, um sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu verwirklichen. Sie tun dies in ihren fachlichen Netzwerken, bspw. in ihrer Arbeit mit Arztpraxen und Apotheken, mit Gesundheitsämtern, Krankenkassen, Fachberatungsstellen und lokalen und regionalen politischen Entscheidungsträgern.

Die Herausforderung in der täglichen Beratungsarbeit ist es, diese teils abstrakten Ansprüche im Handeln mit Ratsuchenden zu konkretisieren. Entscheidend ist dabei die Haltung gegenüber Klient*innen, sie als Rechteinhaber*in zu sehen. Konkret kann das heißen, Frauen darin zu unterstützen, ihr Recht einzufordern. Wiederholt wurde in der Beratungspraxis von Fällen berichtet, in denen sich junge Frauen unter 20 Jahren an pro familia gewandt haben, da ihre Krankenkasse die Kostenübernahme der Spirale abgelehnt hat.

In den meisten Fällen konnte eine Übernahme erwirkt werden, indem die Frauen unterstützt wurden, bei ihrer Krankenkasse einen schriftlichen Ablehnungsgrund einzufordern. Dies genügte meist, um eine Kostenübernahme zu erwirken. Ohne Unterstützung hätten die Frauen die Entscheidung der Krankenkasse hingenommen – und auf ihr Recht und das Verhütungsmittel Ihrer Wahl verzichten müssen. Solche und ähnliche Fälle zeigen, dass eine rechtebasierte Kontrazeptionsberatung mit fachlichen Materialien und konzeptionellen Instrumenten weiterentwickelt werden muss. <<

*1 WHO: Framework for ensuring human rights in the provision of contraceptive information and services
http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/133327/1/9789241507745_eng.pdf*



Kristina Nottbohm hat Sozial- und Kommunikationswissenschaften in Deutschland und

Frankreich studiert. Seit 2016 ist sie Referentin beim pro familia Bundesverband und leitet das Modellprojekt biko.



Dr. Alexandra Ommert ist Gesellschaftswissenschaftlerin und leitet das Modellprojekt biko. Sie ist außerdem

Referentin für Fort- und Weiterbildung beim pro familia Bundesverband.